

Inhalt/Contenue

Editorial deutsch
Editorial français

18 Jahre nach Tschernobyl- viel Leid und ein Oscar „Aktivitäten zum Jahrestag“

Ein Oscar würdigt die Opfer von Tschernobyl
Pressemitteilung

Un Oscar au secours des victimes de Tchernobyl
Communique de Presse

Knebelvertrag WHO/IAEA
Unterschriftensammlung für die Änderung des WHO/IAEA-Abkommens von 1959

Tschernobyl-Mahnwache 25./26. April

Doubts an hopes about the CORE project
„Conférence de Michel Fernex à Minsk“

Felsbrocken auf dem Weg zum Frieden
Genfer Initiative - wie weiter?

Die besetzten Gebiete der israelischen Gesellschaft -Wahrheit und Wahrnehmung

Die Atomkrieger des 21. Jahrhunderts

Comment faire respecter le Traité de Non Prolifération Nucléaire?

Nuclear Apartheid spawns proliferation

Atomwaffen & Energie in einer instabilen Welt Analysen und Auswege.
Europäischer Kongress der IPPNW

Wenn Bilder sprechen

In Kürze/en bref

Editorial

Liebe Mitglieder

In der Ausgabe 01/04 der PSRnews, mit dem Themenschwerpunkt „18 Jahre nach der Tschernobylkatastrophe“, informieren wir Sie über Aktionen und Initiativen der PRS/IPPNW Schweiz zum Thema.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich aktiv beteiligen würden. Nützen Sie doch die Gelegenheit, wieder einmal alte Bekannte zu treffen, Seite an Seite mit langjährigen WeggefährtInnen unsere Anliegen zu vertreten. Sei es an der in Basel am 25./26.4. stattfindenden Tschernobylmahnwache, sei es an der Sonntagsmatinee im Kultkino Basel.

Ein besinnliches Zusammensein im kulturellen Rahmen verspricht das von der Familie Albrecht, Iselin, Blattmann in Basel organisierte Hauskonzert. Eine Benefizveranstaltung, welche im Zeichen der Hilfe für den Verein „Kinder von Tschernobyl, Weissrussland“ steht. An dieser Stelle möchten wir den VeranstalterInnen herzlich für ihr grosszügiges Engagement danken.

Ebenfalls von Kunst und sozialer Verantwortung handelt unsere Reihe „Mit dem Mittel der Kunst“. Hier möchten wir Ihnen in lockerer Folge KünstlerInnen, bekannte und weniger bekannte, aus aller Welt vorstellen. Die Gemeinsamkeit der Porträtierten liegt im Einsatz für soziale Ziele mit künstlerischen Mitteln.

Wer heute Naher Osten sagt, denkt an Krieg, Terror und Verzweiflung. Unser Anliegen, Probleme anzusprechen, Lösungsansätze aufzuzeigen und dem Schrecken ein Gesicht, der Hoffnung eine Chance zu geben, ist Gegenstand der Rubrik „Naher Osten“.

Die PSR-news sollen unsere Mitglieder, Freunde und SympathisantInnen über Ziele, Aktivitäten und Anliegen von PSR/IPPNW Schweiz informieren.

Ein reger Dialog zwischen LeserInnen und Redaktion ist uns wichtig. Schreiben Sie uns, was Sie freut, was Sie ärgert, was Sie für verbesserungswürdig halten. Wir freuen uns über Ihren Zuspruch und nehmen Ihre Kritik ernst.

Mit herzlichen Grüssen

Claudia Bürgler

Editorial

Chers membres,

Le numéro 01/04 de PSRnews, qui a pour thème principal „18 ans après la catastrophe de Tchernobyl“, vous informera des actions et des initiatives de PSR/IPPNW Suisse dans ce domaine.

Nous espérons une participation active de votre part. Profitez de l'occasion pour retrouver d'anciennes connaissances et vous joindre à de vieux compagnons de route afin de défendre notre cause: prenez part au rassemblement de solidarité pour Tchernobyl organisé à Bâle les 25 et 26 avril ou bien rendez-vous dimanche au Kultkino de Bâle en matinée.

Le concert privé organisé à Bâle par la famille Albrecht, Iselin, Blattmann nous offrira un moment de recueillement. Un concert de bienfaisance au profit de l'association „Les enfants de Tchernobyl, Bélarus“. Nous adressons ici nos plus vifs remerciements aux organisateurs et organisatrices pour leur engagement généreux.

L'art et la responsabilité sociale constituent également l'objet de notre rubrique „À travers leur art“. Vous y trouverez le portrait d'artistes célèbres ou moins connus qui, dans le monde entier, mettent leur art au service de causes sociales.

Aujourd'hui, on ne peut s'empêcher d'associer le Proche-Orient à l'idée de guerre, de terreur et de désespoir. Notre rubrique „Proche-Orient“ reflète au contraire notre volonté de discuter de ces problèmes et d'ébaucher des solutions afin de mettre un visage sur l'horreur et de donner une chance à l'espoir.

Les PSR-news nous permettent d'informer les membres, amis et sympathisants de PSR/IPPNW Suisse sur les objectifs poursuivis, les activités menées et les causes défendues.

Nous tenons beaucoup au dialogue entre les lecteurs et lectrices et la rédaction. N'hésitez pas à nous faire part de vos commentaires positifs ou négatifs et de vos suggestions afin de nous aider à nous améliorer. Nous sommes sensibles à vos encouragements comme à vos critiques, qui seront prises en compte.

Cordialement

Claudia Bürgler

18 Jahre nach der Tschernobyl Katastrophe – viel Leid und ein Oscar

Am 26. April 1986 ging eine Schreckensmeldung um die Welt. Der von vielen Kritikern erwartete und befürchtete Ernstfall, der sogenannte Super GAU war eingetreten. Der gebetsmühlenhaft propagierte Irrglaube von der endlosen, sauberen Energie stand als gefährliche Sackgasse vor einer entsetzten Weltöffentlichkeit. Die Lobbyisten, die professionellen, privaten und institutionellen Verhamloser traten, um Geschäfte und Einfluss fürchtend, auf den Plan. Während hinter den Kulissen die ersten Hilfsaktionen organisiert wurden, lief die mediale Maschine der Interessenvertreter auf Hochtouren. Die einzige Botschaft: alles halb so schlimm, alles unter Kontrolle, kein Anlass, die zivile Kernkraft generell in Frage zu stellen. Ohne Zweifel kann diesen Schalmeienklängen 18 Jahre später der Spiegel vorgehalten werden. Er spricht eine eindeutige Sprache. Davon handelt unser Thema in dieser Ausgabe der PSRnews.

PSR/IPPNW Veranstaltungen zum Tschernobyl-Jahrestag in Basel

Sonntagmatinee im kult.kino atelier

sonntag, 25. april, 11.00 Uhr, theaterplatz 7, 4051 basel

Nukleare Kontroverse

von Wladimir Tschertkoff

Der Dokumentarfilm verfolgt über 10 Jahre das Leben von fünf Feuerwehrleuten, welche als Liquidatoren wie hunderttausende andere, ihre Gesundheit opferten, um das Feuer zu bekämpfen und den Sarkophag zu bauen. Ein äusserst eindrücklicher Film über „vergessene“ Helden. Die fünf im Film vorgestellten Männer sind inzwischen gestorben.

Le sacrifice

von Emanuela Andreoli und Wladimir Tschertkoff

Der Film stellt sehr eindrucksvoll zwei entgegengesetzte Positionen über die Gesundheitsschäden nach Tschernobyl dar. Diese unterschiedlichen Meinungen kommen auch in der Schweiz immer wieder zur Geltung. Die internationale Atomenergieorganisation in Wien spricht immer noch von ausschliesslich 32 Toten und 2'000 krebskranken Kindern und Jugendlichen. Unabhängige Ärzte sprechen jedoch von einer Katastrophe, dessen Ausmass erst in Generationen messbar wird.

Eintritt Fr. 16.— (Kollekte zugunsten „Kinder von Tschernobyl, Weissrussland“)

Tschernobyl Mahnwache

vom Sonntag, 25. April 2004, ab 20:00h

bis Montag, 26. April 2004, bis 20:00h

halten wir im Gedenken an die AKW Katastrophe eine ruhige Mahnwache ab.

Bitte unterstützt uns mit zahlreicher Anwesenheit.

Alle Daten sowie das Formular „Anmeldung für die Teilnahme an der Tschernobyl-Mahnwache“ finden Sie in diesem Heft.

Sonntag, 25. April,

18:30h

Hauskonzert mit dem Vokalensemble „Stella Maris Basilea.“

Organisiert von Familie Albrecht, Iselin, Blattmann, PSR/IPPNW Schweiz und dem Verein „Kinder von Tschernobyl, Weissrussland“.

Nach dem Konzert wird ein Aperitiv serviert.

Kollekte zugunsten „Kinder von Tschernobyl Weissrussland“

Anmeldung erforderlich. Die Reservierungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Telefon: 061 271 50 25

Ein Oscar würdigt die Opfer von Tschernobyl.

Pressemitteilung der PSR/IPPNW und „Kinder von Tschernobyl, Weissrussland“

von Solange Fernex

Am Sonntag, den 29. Februar 2004, erhielt der Film „Chernobyl Heart“ von Maryann DeLeo den Oscar für den besten Kurzdokumentarfilm (39 m.)

„Die Dokumentation beginnt - 16 Jahre nach dem Tschernobyl-Reaktorunfall - mit einer filmischen Reise in der Sperrzone bis hin zum Reaktor. Sie folgt der unsichtbaren Strahlenspur in die Krankenhäuser und Krebszentren und führt in die Waisenhäuser und Psychiatrischen Kliniken des Landes, wo die erkrankten Kinder leben und gepflegt werden. Zu den ernsthaftesten langfristigen Auswirkungen der Katastrophe zählt eine Krankheit, die unter dem Namen „Tschernobyl-Herz“ bekannt wurde. Diese Herz-Kreislaufkrankheit betrifft sehr viele Kinder, die in der Umgebung des Kernkraftwerks leben“ (aus dem offiziellen Pressecommuniqué).

Erstmals wurde diese Krankheit von Prof. Yuri Bandajevsky, Anatomopathologe und seiner Ehefrau Dr. Galina Bandajevskaya, Pädiaterin und Kardiologin beschrieben.

Die prestigeträchtige Oscar-Wahl von „Chernobyl Heart“ ist am Vorabend des 50. Jahrestages des ersten amerikanischen Wasserstoffbombentests erfolgt. Der Test fand am 1. März 1954 auf dem Bikini-Atoll statt, und forderte in der Folge Tausende Opfer auf den Marshall-Inseln. Die Heimkehr eines japanischen Fischerbootes mit fünfzehn sterbenden Besatzungsmitgliedern an Bord rüttelte zwei Wochen später die Weltöffentlichkeit wach. Die Fischer hatten in der Nähe der Testzone gefischt, ihr Tod bewirkte das Ende der offiziellen Desinformationskampagne über die Auswirkungen der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki. Der 1. März wird heute als „Tag des unabhängigen und nuklearfreien Pazifik“ in vielen Teilen der Welt gefeiert. Hoffen wir, dass der Oscar für den Film „Chernobyl Heart“ ebenso zum Ende der Desinformationskampagne über die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von 1986 beiträgt, die von der Atomlobby aktiv und nachhaltig betrieben wird. Dies würde Wissenschaftlern, insbesondere auch Prof. Bandajevsky, der seit Jahren im Gefängnis in Minsk sitzt, wieder erlauben, ihre Forschungsarbeiten und Unterstützung der Opfer aufzunehmen.

Der Oscar für „Chernobyl Heart“ ist eine Würdigung der Opfer und ein starkes Zeugnis gegen das Vergessen. Tschernobyl ist überall möglich. Ein schneller Ersatz der Kernenergie ist ein lebenswichtiger Imperativ in unserer Zeit.

Un Oscar au secours des victimes de Tchernobyl.

Communiqué de Presse de PSR/IPPNW et „Les Enfants de Tchernobyl Bélarus“

de Solange Fernex

Dimanche 29 février, l'Oscar du meilleur documentaire court métrage a été décerné au film de Maryann DeLeo: „Coeurs de Tchernobyl“.

Selon le communiqué officiel, „16 ans après l'accident du réacteur nucléaire de Tchernobyl, le film commence par un voyage dans la zone d'exclusion, vers la centrale, et suit la trace invisible des radiations dans les hôpitaux du pays, les centres anticancéreux, les orphelinats et les asiles d'aliénés, où vivent et sont soignés les enfants malades (39 minutes). L'un des effets à long terme les plus graves de la catastrophe de 1986 est une maladie connue sous le nom de „cœur de Tchernobyl“, une atteinte du système circulatoire qui a touché un grand nombre d'enfants vivant autour de la centrale“.

Cette maladie a été décrite par le Professeur Youri Bandajevsky, anatomopathologue et son épouse le Dr. Galina Bandajevskaya, pédiatre et cardiologue.

Cette nomination prestigieuse est intervenue à la veille de la 50e commémoration de la première bombe atomique à hydrogène américaine, larguée au dessus de Bikini le 1er mars 1954, qui a contaminé les îles Marshall où les victimes se comptent par milliers. L'arrivée à Tokyo, quinze jours plus tard, des quinze membres mourants de l'équipage du „Dragon Heureux“, un petit bateau japonais qui pêchait dans les îles Marshall début mars 1954, a mis fin à la désinformation officielle sur les effets des bombes de Hiroshima et de Nagasaki. Un puissant mouvement d'opinion mondial a en effet obligé les Américains à lever le secret militaire et à entreprendre des études sur les effets sanitaires des deux bombes atomiques.

Puisse l'Oscar octroyé à un film sur les Enfants de Tchernobyl marquer la fin de la désinformation sur les conséquences de la catastrophe, activement propagée par le lobby nucléaire. Puisse-t-il permettre aux scientifiques du Bélarus, en particulier au Professeur Y.I. Bandajevsky, actuellement emprisonné au goulag à Minsk, de reprendre leurs recherches et leur assistance aux victimes de la catastrophe.

Tchernobyl cela peut être n'importe où, n'importe quand. L'hommage rendu aux victimes de 1986 par l'Oscar est un témoignage contre l'oubli. Le remplacement rapide du nucléaire est un impératif vital pour notre temps.

Knebelvertrag WHO/IAEA

Wie schon in früheren Ausgaben der PSRnews berichtet, setzt sich PSR/IPPNW Schweiz seit langem dafür ein, dass sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) von der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) emanzipiert. Ende der fünfziger Jahre hatte die IAEA, die sich der Förderung der zivilen Atomenergienutzung verschrieben hat, die WHO vertraglich dazu verpflichtet, sich künftig in heiklen Strahlenschutzfragen nicht mehr öffentlich zu äussern. Dies führte dazu, dass sich die WHO nie klar zu den Folgen von Tschernobyl geäussert hat. Ziel der PSR/IPPNW ist es, die WHO dazu zu bewegen, diesen Vertrag mit der IAEA zu lösen. Zu diesem Zweck wurde eine Petition lanciert, die wir in der letzten Ausgabe bereits in französisch abgedruckt haben. Wie jedes Jahr wird eine Delegation der PSR/IPPNW Schweiz am World Health Assembly in Genf vom 17.- 20. Mai teilnehmen und auf diesen Vertrag aufmerksam machen.

Weiter haben wir uns mit einem Appell an das Bundesamt für Gesundheitswesen gewendet mit der Bitte, dass die Schweizerische Delegation an der kommenden WHA wieder aktiv werden möge.

Diese Petition wird auch von Deutschland, Belgien Norwegen, Irland, Grossbritannien, Canada und Neuseeland begrüsst. PSR/IPPNW Schweiz versucht IPPNW-affiliates weltweit und andere NGO's zu bewegen, ihrerseits von den jeweiligen Gesundheitsministerien zu fordern, dass der Änderungsantrag für dieses Abkommen auf die Tagesordnung der nächsten Weltgesundheitsversammlung (WHA) der WHO gesetzt wird.

Wir bitten Sie deshalb, unterzeichnen Sie den Appell auf der folgenden Seite. Weitere Unterschriftenbögen sind erhältlich im Sekretariat. Vielen Dank.

Unterschriftensammlung für die Änderung des WHO/IAEA-Abkommens von 1959

Am 28. Mai 1959 haben die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) – beide Teil der UNO – ein Abkommen (Res. WHA 12.40) unterzeichnet.

Theoretisch ist die Internationale Atomenergie-Organisation gemäss diesem Abkommen dafür zuständig, die Entwicklung und praktische Anwendung von Atomenergie für friedliche Zwecke sowie Abklärungen im Zusammenhang mit Atomenergie weltweit zu fördern, zu unterstützen und zu koordinieren. Das Recht der WHO, die internationale Gesundheitsarbeit in allen Bereichen zu fördern, zu entwickeln, zu unterstützen und zu koordinieren und sich mit gesundheitsrelevanten Fragen zu befassen, darf dabei nicht eingeschränkt werden (Artikel 1, § 2).

Wenn jedoch eine der beiden Organisationen in einem Bereich aktiv werden will, der auch für die andere Organisation von Interesse sein könnte, ist sie verpflichtet, mit dieser Rücksprache zu halten, damit die Angelegenheit in gegenseitigem Einverständnis geregelt werden kann (Artikel 1, §3).

In Artikel III erklären sich die IAEA und die WHO einverstanden, dass in bestimmten Fällen – wenn es darum geht, vertrauliche Informationen zu schützen, [...] deren Offenlegung [...] die Arbeit der einen Partei erschweren würde – lediglich eine beschränkte Rücksprachepflicht besteht.

In Artikel VII verpflichten sich die beiden Organisationen beim Sammeln, Zusammenstellen und bei der Veröffentlichung von Statistiken unnötige Doppel-spurigkeiten zu vermeiden.

Dieses Abkommen gefährdet die Unabhängigkeit der WHO, wie sich bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (1986) deutlich gezeigt hat.

Die WHO erschien erst fünf Jahre nach dem Atomunfall auf dem Schauplatz in Tschernobyl. Die IAEA hatte somit lange Zeit freie Hand. Im November 1995 organisierte die WHO eine internationale Konferenz über die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe. Viele der Beiträge und Berichte, die auf der WHO-Konferenz diskutiert wurden, enthielten alarmierende Informationen. **Die Unterlagen dieser Konferenz wurden nie veröffentlicht.** Sechs Monate später organisierte die IAEA eine neue Konferenz (April 1996) und veröffentlichte skandalöse, beschönigende Zahlen, die von der WHO nie in Frage gestellt wurden: 31 Tote, 200 Fälle von Strahlenschäden, 2000 Fälle von Schilddrüsenkrebs bei Kindern. **Die Weltgesundheitsorganisation hat sich aufgrund dieses Abkommens ganz einfach der Politik der Internationalen Atomenergie-Organisation untergeordnet...**

Wir, die Unterzeichnenden, verlangen, dass die Unabhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gegenüber der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) sowie gegenüber anderen Lobbyverbänden der Wirtschaft und politischer Gruppen bezüglich ihrer Publikationen und Abklärungen wiederhergestellt wird. Wir fordern das Gesundheitsministerium unseres Landes auf, dafür zu sorgen, dass der Änderungsantrag für dieses Abkommen auf die Tagesordnung der nächsten Weltgesundheitsversammlung (WHA) der WHO gesetzt wird.

Name/Vorname	Strasse/Nr	Ort/PLZ	Unterschrift
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____

bitte einsenden an: PSR/IPPNW Schweiz, Klosterberg 23, CH-4051 Basel

Tschernobyl-Mahnwache 25./26. April 2004

Wir wollen auch im Jahre 2004 - 18 Jahre nach der durch menschliches Versagen verursachten AKW-Katastrophe - mit einer ruhigen Mahnwache an Tschernobyl erinnern.

- *Wir denken an die Opfer in der Nähe und fernab vom Unglücksreaktor.*
- *Wir denken insbesondere an die Kinder und Jugendlichen in den betroffenen Regionen der Ukraine und Weissrusslands, die unter den medizinischen Folgen der radioaktiven Verstrahlung leiden.*
- *Wir denken an die Wissenschaftler, die die Erforschung der gesundheitlichen Konsequenzen trotz schwierigsten Verhältnissen und bei sehr limitierten Mitteln mutig und unbeirrbar weiterverfolgen.*
- *Wir denken an die sozial Schwächeren in den verstrahlten Regionen, die gezwungen sind, sich von kontaminierten Lebensmittel zu ernähren.*
- *Und wir warnen eindringlich vor dem sorglosen Umgang mit der Atomenergie - weltweit und in der nahen Region. Das Thema ist aktueller denn je: Menschliches Versagen ist ebenfalls Ursache der jüngsten Zwischenfälle im AKW Fessenheim. Auch in Fessenheim sind mindestens ein Dutzend Mitarbeiter verstrahlt worden. Hier: Im Elsass, nur 40 km von Basel entfernt. Jetzt: im Jahr 2004.*

Wann: Sonntag, 25. April, 20.00 Uhr bis Montag 26. April 20.00 Uhr

Wo: Schiffflände, (Platz links vor mittlerer Rheinbrücke)

Wer: Du! Melde dich bitte sofort an, wenn Du Dich mit 2 x 2 Stunden an der Mahnwache beteiligen willst – wir werden dir deine Einsatzzeit bestätigen!

Mit herzlichen Grüßen

Claudio Knüsli, PSR/IPPNW

Stephan Lingenhel, Greenpeace

Anmeldung für die Teilnahme an der Tschernobyl-Mahnwache 2004

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

Tel./Fax. _____ e-mail _____

Ich kann am 25. /26.4.2004 zu folgenden Zeiten für 2 x 2 Stunden teilnehmen (bitte ankreuzen und allfällige Varianten nennen, was uns beim Planen Flexibilität erlaubt):

20-22 22-24 00-02 02-04 04-06 06-08 08-10 10-12 12-14 14-16 16-18 18-20

Ergänzungen: _____

Einsenden an Stefan Lingenhel: steling@e-viva.org oder: Fax 061 361 19 05
oder an Claudio Knüsli : claudio.knuesli@claraspital.ch oder: Fax 061 685 83 86

Doubts and hopes about the CORE project

Conférence de Michel Fernex effectué à Minsk, le 19 février 2003, lors de la réunion organisée par l'Ambassade d'Allemagne et les ONG allemandes sur l'aide à Tchernobyl et CORE, en présence des ambassadeurs de l'UE

de Michel Fernex

La Fondation des Enfants de Tchernobyl à Minsk (Biélarus), m'a demandé de m'exprimer sur un projet français devenu international, de développement des zones contaminées de Tchernobyl. La Fondation avait intégré ses réunions annuelles dans le cadre d'une présentation officielle du projet CORE.

Contrairement aux promoteurs-initiateurs de ce projet, qui dépendent du CEPN (cette ONG fondée par EDF et le Commissariat à l'Energie Atomique), les représentants du gouvernement du Biélarus dont le ministre Tsalko, ont insisté sur l'importance qu'eux-mêmes et la population concernée portaient aux graves problèmes de la santé dont souffrent principalement les enfants des régions contaminées par les retombées de Tchernobyl.

Ayant lu l'avant-projet de CORE et connaissant le projet ETHOS qui lui a servi de modèle j'ai été frappé par le fait que la radioactivité et la santé sont deux thèmes traités séparément. Pourtant, pour trouver la cause de la détérioration constante de l'état sanitaire des enfants des régions fortement contaminée, il ne faut pas seulement mesurer la radioactivité incorporée par des enfants, mais rechercher systématiquement s'il existe une corrélation entre la charge en radionucléides et certaines maladies. Ce sujet d'étude est indispensable, (il a été la base des travaux conduits par le Professeur Youri Bandjevsky, avant son arrestation), si l'on veut pouvoir intervenir médicalement.

Le refus d'intégrer des cures de pectine de pomme, un adsorbant du Cs137 dont l'efficacité et la bonne tolérance ont été démontrées (Nesterenko dans SMW, 2004), s'expliquerait par la volonté de ne pas confirmer le rôle de ce radionucléide dans l'étiologie de nombreuses maladies. En effet, en réduisant par la pectine la charge en radiocésium, Bandajevskaya & coll. ont amélioré le statut cardiologique des enfants (Lire Cardiomyopathies au césium 137, Bandajevskaya & coll., CARDINALE, journal français de cardiologie, Vol.XV: No 8, p40-42, 2003). Ces travaux constitueraient la meilleure démonstration du rôle du Cs137 dans la genèse de nombreuses maladies si particulières des enfants des régions contaminées.

C'est pourquoi, j'ai exprimé des doutes sur le projet ETHOS, mais aussi un timide espoir. Il est en effet encore temps d'améliorer ce projet et de combler ses principales lacunes.

Doubts and hopes about the CORE project.

The CORE project, originally initiated by the CEPN, is an extension of the ETHOS project. It received the support of the Government and local authorities of Belarus, of several European countries and structures including the European Commission, the World Bank, and some NGOs. In the objectives, there are attempts to improve economical development and agricultural production in heavily contaminated areas of the Chernobyl region.

Development of radiocontaminated regions are dependent on health and on the "radiological quality". It is not stated if, when, and how the relationship between the radiocontamination and health would be studied, as it remains essential to know the aetiology of a pathological condition, for being in a position to correctly prevent and possibly also treat this disease.

After reading the project, questions arise: Is it intended to consign Chernobyl to history, as soon as possible? Does CORE, as the ETHOS project did, neglect the children's health? The constant deterioration of health of children during the five years of the ETHOS project, as presented in Stolyn in 2001, should ring as an alarm for everybody.

As a physician, my fundamental concern when reading the CORE project is following:

- will scientifically sound research be conducted, to clear the cause of the chronic diseases affecting children in the radiocontaminated areas since Chernobyl, a prerequisite for improving their situation?
- will a strict methodology be applied, with prospective controlled double-blind studies, to assess the correlation between given diseases and the internal irradiation by artificial radionuclides?
- will independent methods objectively verify if the health of children is improving or deteriorating, during the work of CORE? A permanent, independent control of the health status is essential, if the objective is to improve the well being of the population in radio-contaminated areas.

Health of Children.

The health of the „Chernobyl“ children is the key problem for the future of population in radio-contaminated districts. Introducing the OCHA report on Chernobyl in 2001, the Secretary-General of the United Nations (UN) wrote following: «three millions of children require physical treatment, and not until 2016, at the earliest, will we know the full number of those likely to develop serious medical conditions...Their adulthood -now fast approaching- is likely to be blighted by

that moment, as their childhood has been. Many will die prematurely». The Stolyn conference of 2001 has shown that the efforts of the ETHOS' teams to improve the agricultural production of several families, and to teach or recommend changes of habits to families living in the hostile environment, did by no means improve the health of children in the villages. On the contrary, during the five years of the ETHOS intervention, the health of children deteriorated steadily. The number of hospitalisation for serious conditions increased progressively. On a public health perspective, the project has failed.

What should be taken into consideration?

Before initiating any new project, the causes of the failure of previous ones, when used as models, must be assessed objectively, in order to avoid repeating what has led to failure.

Since April 1986, the health consequences of artificial ionising radiation, starting in utero, remain damaging, even when the environmental contamination slowly diminishes. The uptake of radiocontaminated foodstuffs persists since 17 years in rural areas, and is responsible for chronic diseases, some possibly being already irreversible. They are essentially due to chronic internal irradiation by ¹³⁷Cs, ⁹⁰Sr, and transuranians. These radionuclides are not distributed evenly in the organism, they concentrate in given organs, producing degenerative cellular and genetic changes there where they accumulate.

The surface of bones, close to blood-forming system, and some other tissues retain ⁹⁰Sr for a very long time, whereas transuranians in form of hot spots, affect for years a tissue sphere of about 100µ of diameter, with an intense irradiation due to the alpha particles, the most destructive radioactivity for the cells and their genome.

Influencing the incorporation of ¹³⁷Cs.

The accumulation of ¹³⁷Cs in some key organs, such as endocrine glands, pancreas, thymus, and heart, of infants or children, reaches levels up to hundred times higher than in other organs or fatty tissue. Organs where these radionuclide concentrate are most affected, as the ¹³⁷Cs decay liberates cytotoxic beta rays, destructive within a millimetre distance. Children have three times higher average ¹³⁷Cs levels in their organs than adults in the same communities. ¹³⁷Cs concentrates also in the placenta, protecting the foetus to some extent, but Bandazhevsky showed that excessive levels lead to suffering and malformation of the foetus.

It has been scientifically demonstrated that oral apple-pectin which is very well tolerated, reduces by two thirds the ¹³⁷Cs burden in the organism of children within 3 weeks. Prussian blue, an adsorbent recommended by the IAEA, is given to cattle in kolkhoses, to achieve a reduction of ¹³⁷Cs in meat and milk. In the previous ETHOS project, the absence of attempts to reduce the ¹³⁷Cs burden in children by adsorbents could have contributed to the medical failure of this project.

Contaminated food circulating from the garden or the forests to the kitchen, especially in poorer families, contributes to diseases and congenital complications. An NGO, Médecins du Monde, intends to study the perinatal pathology, within the CORE project, and considers to give oral pectin to protect the foetus of pregnant women with high burdens of ¹³⁷Cs in the organism. The measurement of the radiocaesium levels in the placenta could confirm the correlation with high malformation rate, when the placenta is highly contaminated. In science, findings have to be verified, i.e.: experiences repeated. The absence of publications, reproducing and contradicting those of the Medical State Institute of Gomel, are suspect of the will to hide results confirming the observations of Bandazhevsky. Burning wood in the kitchen and staying close to the stove is a source of external irradiation mainly of housewives, and detrimental even if only the gamma rays reach the organs. The CORE project intends to collect ashes, presently still used as fertilisers in private gardens, and to dump them in safe places. The lack of this fertilisers must be compensated by commercial ones, which poor families cannot afford. Therefore, thousands of families should receive the adequate fertilisers, when required, for years.

Chernobyl and Hereditary Damages.

Kofi Annan concluded his message on „Chernobyl“ children, in reminding that the suffering of irradiated populations will persist for generations. The genomic instability induced by ionising radiation in animal and human persists for up to 22 generations in wild rodents of Belarus, even at more than 200 km of Chernobyl. Ellegren et al. showed that the increase of genetic alterations, identical to those found by Dubrova in children, occur in barn-swallows around Chernobyl, not in „clean“ regions of the South of Ukraine. The DNA changes are associated with recessive genetic anomalies, e.g. white feathers, but also fitness loss, leading to a significant drop of the „Chernobyl“-swallow population. Therefore, sterility is a problem which must be studied scientifically in families exposed to artificial ionising radiation. Dubrova and co-workers showed that the mutations rate at the level of the DNA of the chromosomes of children, is increasing according to the ¹³⁷Cs contamination of the environment where the parents live. The genomic fragility is still increasing in the third generation, as shown in families of Kasakhstan, victims of the irradiation during the atomic bomb tests in Semipalatinsk.

The suffering adults must not be ignored, among them the 6-800'000 liquidators (average age when involved in the „cleaning“ of Chernobyl: 33 years). The Minister of Health of the Ukraine indicated that 9 years after the catastrophe, that already 10 % were invalids. Ukraine was expecting help for its 230'000 liquidators when describing the situation at the World Health Organisation (WHO) Conference in 1995. Unfortunately, this paper was censured with fifty others.

In a TV-reportage, performed in Kiev in 2001, Dr. Hiroshi Nakajima former Director General of the WHO, confirmed that the censorship of the proceedings of the WHO Conference of 1995, „was due to legal problems“, i.e. the 1959 Agreement binding the WHO to the UN agency promoting the atomic industry, as the International Atomic Energy Agency (IAEA) has as its principal objective „to accelerate and enlarge the contribution of atomic energy to peace, health and prosperity throughout the world.“ When dealing with radio-induced health problems, the IAEA has major conflicts of interests.

Health conditions of liquidators declined rapidly since 1996: at the Kiev WHO Conference of 2001, physicians from different republics from ex-USSR indicated that one third of these young and healthy adults who cleaned the Chernobyl environment and built the sarcophagus, are now invalid, the disease leading progressively to death. Young adults which live for many years in rural areas in highly contaminated areas of Chernobyl, have comparable health problems as liquidators. Their children suffer also increasingly from congenital or hereditary diseases.

Gofman's suggestions.

Gofman deplors that in the field of ionising radiation the medical profession is no more independent, but has to follow guide-lines of structures or states, with evident conflicts of interests. This has partly to do with the IAEA-WHO agreement. The objective of the CEPN created by Electricité de France (EDF), and the Commissariat à l'Energie Atomique (CEA), later joined by AREVA, are similar to those of the IAEA, but with more commercial interests.

During decades, the WHO struggled against publications produced in excellent western universities, written by researchers financed by the tobacco lobby. Finally, the WHO committee conducted by Prof. Thomas Zeltner, discovered that renowned professors receiving important support from cigarette producers, propagated false data, thus hindering international WHO campaigns against the effects of passive smoking.

Answering the demand for help by the USSR, the WHO had to accept that the Chernobyl protocols would be established by the IAEA, as the 1959 bilateral agreement provides that a project has to be accepted by the partner, before its realisation. This may also be the explanation why dental caries had a higher priority than genetic problems, after Chernobyl.

Gofman expects scientific work to determine for which pathological condition, the correlation with artificial ionising radiation, e.g. with the ^{137}Cs load in the organism, is scientifically established. This requires spectrometric controls, performed on a controlled double-blind basis, for example in children with unexpected cardiovascular, immunological, endocrine, infectious, metabolic, gastrointestinal, neurologic and malignant diseases. It is essential to conduct randomised controlled double blind trials, to assess if reducing the ^{137}Cs load improves the clinical status significantly better than placebo.

Physicians should have the opportunity to check the validity of their interventions at the beginning of the CORE project. Specialists should assess, which impact the radio-contamination has on children, and which intervention appears as helpful. Here some examples :

- cardiologists may study functional and EKG anomalies in children, possibly with symptoms such as fatigue, thoracic pain, but also hypertension, or cardiac malformations etc. The findings would have to be correlated on a double-blind way, with the radiocaesium load of the organism, with environmental risk factors, such as radioactivity of food and environment.
- Endocrinologists and gynaecologists may study the cyclic dysfunction after puberty, and the fertility in families with the level of ^{137}Cs in the organism, and the environment. Other endocrine disorders should also be tested, and compare with the radio-contamination.
- Pregnant women living since years in contaminated areas, with high ^{137}Cs load in their organism, may receive adsorbents during pregnancy; does this protect the foetus? The ^{137}Cs load of the placenta should be measured and the new-borns examined, again in double-blind studies. Comparison should show if previous children born without oral adsorbents given to the mother, were suffering more.
- Ophthalmologists may study the opacification of the lens and cataract, in connection with the ^{137}Cs load in children of different age groups. Also on a double-blind basis.
- Endocrinologists may study the incidence of diabetes mellitus type I, the age of occurrence, depending on the caesium load and the radiological environments. They may also study the auto-antibodies against Langerhans' islet cells, or thyroid cell structures, study the correlation with the measured load of ^{137}Cs in the organism, and evaluate the environmental contamination during the last years. Also in connection with this contamination, thyroid function, nodular goitre, and autoimmune thyroid diseases should be studied.

- Infectiologists may note the proportion of children who received one or more antibacterial treatments for relapsing urinary infections, chronic bronchitis and others, as well as those hospitalised for severe infections, and compare the ^{137}Cs load in the body. These are also double blind comparisons to detect a possible correlation.
- Allergologists may study the correlation between radiocontamination with caesium and allergic diseases (dermatitis, asthma bronchiale). Again on a double-blind basis. Surgeons could assess the speed of reparation of different wounds or fractures, according to the measured radiocontamination of the children or his environment, again on a double-blind way.
- Gastroenterologists may look for the same correlation in children with or without duodenitis, gastritis or gastric metaplasia. They could also study food allergy.
- Neuro-psychiatrists may look for mental retardation, or adaptation problems at school, also in connection with radiological contamination of the organism and environment, especially in utero.
- Oncologist may have to undertake double-blind case-control studies, for sites with different contaminations.

Independent statisticians are essential for deciding, before starting any study, how the proposed parameters will be compared statistically. How many children must be studied in order to reach significant differences. This has to be written in the protocol, before starting the work.

This uncompleted list of studies is essential, if one wants to know what happened after Chernobyl, and to avoid the sources of failure of the previous ETHOS project. As the districts selected are also contaminated with ^{90}Sr , it is essential to study the role of this radionuclide, alone or in combination with caesium, in the genesis of diseases.

Conclusion.

The CORE project intends to expand the 5-year work of ETHOS in broader areas. It is essential to avoid the errors of the previous campaign which was accompanied by a constant worsening of the health of children.

As a priority, CORE should study genetic diseases. The goals presented as PPQR 1 to 4, are not connected with the medical situation. Furthermore, measures to reduce the ^{137}Cs load of the contaminated children, and its effect on diseases, do not seem to have a high priority.

CORE should also reinforce the existing national and local radiometric and health structures, and a follow-up of the health of children should constantly check the expected health improvement.

Felsbrocken auf dem Weg zum Frieden

von Arthur Muhl

Die Spirale der Gewalt dreht sich weiter, trotz Genfer Initiative und Road Map.

Ohne eine verlässliche Sicherheitsgarantie für Israel durch die arabischen Staaten wird das Volk dieses kleinen Landes immer wieder eine Regierung wählen, welche auf militärische Gewalt und territoriale Expansion setzt.

Dies haben wir dem Generalsekretär der arabischen Liga, Amr Moussa, vor der Gipfelkonferenz in Tunis dargelegt. Moussa ist ein engagierter Kämpfer für den Frieden, seit langem.

Er und wir sind nun zutiefst enttäuscht darüber, dass der Gipfel geplatzt ist, obschon Moussa sich bis zur letzten Minute dafür eingesetzt hat, vor allem für den saudischen Friedensplan, der Israel einen umfassenden Frieden mit allen arabischen Staaten anbietet, wenn sich der jüdische Staat aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückzieht.

Zu viele unterschiedliche Positionen zu demokratischen Reformen, Menschenrechten, Frauenrechten, Gewalt und Extremismus, zu wenig Bereitschaft zu Kompromissen und nicht zuletzt die Ermordung von Sheikh Yassin erwiesen sich als zu grosse Hindernisse.

Und so nimmt der grausame Schlagabtausch zwischen den Extremisten auf beiden Seiten weiter ungehindert seinen fatalen Lauf.

Die einzige Hoffnung bleibt, durch geeignete Kontakte mit jedem einzelnen der betroffenen Staaten, wie sie das EDA unter BR Micheline Calmy-Rey unermüdlich betreibt, einige Brocken aus dem Wege zu räumen.

Neue Zürcher Zeitung, 11.03.2004

Genfer Initiative - wie weiter?

Tagung zur Rolle der Schweiz im Nahost-Friedensprozess

Nach der Lancierung der Genfer Initiative sind weitere konstruktive Vorschläge zur Lösung des Nahost-Konflikts gefragt. An einer Konferenz der Schweizerischen Friedensstiftung in Bern haben Vertreter von palästinensischen und jüdischen Gruppierungen in der Schweiz, von Nichtregierungsorganisationen sowie der Bundesverwaltung die Rolle der schweizerischen Diplomatie im Friedensprozess ausgelotet.

bre. Bern, 10. März. In jüngerer Zeit hat kaum eine Friedensinitiative im Nahen Osten so viel Hoffnung, aber auch so viel Kritik ausgelöst wie die von der Schweizer Regierung logistisch und finanziell unterstützte Genfer Initiative, die am 1. Dezember vergangenen Jahres zwischen Vertretern der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft in der Rhonestadt unterzeichnet wurde. Auch nach der Lancierung des alternativen Friedensplans, der im Gegensatz zu früheren Abkommen erstmals Lösungen für alle umstrittenen Fragen (Jerusalem, Grenzziehung, Siedlungen und palästinensische Flüchtlinge) skizziert, kann die Schweiz den weiteren Prozess zu einem Frieden zwischen Israel und Palästina sinnvoll unterstützen. Zu diesem Ergebnis kamen Vertreter der palästinensischen und jüdischen Diaspora in der Schweiz, von Nichtregierungsorganisationen sowie des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an einer von Swisspeace, der Schweizerischen Friedensstiftung, in Bern organisierten Tagung.

„Virtuelle Lösungen“ als Fundament

Dass das Genfer Dokument weniger als Abschluss denn als Auftakt eines fortschreitenden Friedensprozesses zu betrachten ist, brachten die zwei prominenten Redner Daniel Lévy und Gaith al-Omari - beide waren massgeblich an der Ausarbeitung des Textes beteiligt gewesen - zum Ausdruck. Trotz der teilweise harschen Kritik habe die Diskussion um den Friedensprozess dank der Genfer Initiative neue Impulse erhalten, sagten sie. Das Dokument könne mit seinen „virtuellen Lösungen“ als Basis für weitere Verhandlungen dienen - wenngleich sich die Promotoren des auf private Initiative zustande gekommenen Abkommens darüber im Klaren waren, dass sie die politische Agenda nur bedingt bestimmen können. Gerade deshalb sei die internationale Unterstützung, unter anderem seitens der Schweiz, wichtig bei der Realisierung des ehrgeizigen Vorhabens. - Botschafter Urs Ziswiler, diplomatischer Berater von Ausserministerin Micheline Calmy-Rey, erinnerte daran, dass sich die offizielle Schweiz nicht erst seit einigen Monaten für den Nahostfrieden einsetze, sondern bereits seit dreissig Jahren eine Zwei-Staaten-Lösung befürworte. Ebenso habe die Schweiz wiederholt gefordert, dass die IV. Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten

ten in den Palästinensergebieten anwendbar sei. Zuletzt geschah dies kürzlich bei der Eingabe beim Uno-Gerichtshof in Den Haag, wo die Schweiz - im Gegensatz zu den USA oder zur EU - die rechtlichen Konsequenzen des israelischen Mauerbaus in den besetzten Gebieten im Westjordanland beurteilen lassen will.

EDA soll ermöglichen

Allerdings legte Ziswiler Wert auf die Feststellung, dass das EDA auch künftig lediglich als „Fazilitator“ (Ermöglicher) aufzutreten gedenke, der keinerlei Einfluss auf die Substanz der Verhandlungen nehmen werde. Er verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass das Genfer Dokument komplementär zur offiziellen „Road Map“ oder zum arabischen Friedensplan genutzt werden wird. Eine Gelegenheit, die Unterstützung der Arabischen Liga zu erreichen, bietet sich Ende März bei deren Treffen in Tunis.

Eigenständige Schweizer Position

Die zurückhaltende, jedoch präsenste Schweizer Diplomatie im Nahen Osten wurde von den Teilnehmern begrüsst. Die Schweiz agiere eigenständig, etwa im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, und sie sei nicht einfach auf den Zug des damaligen Osloer Friedensprozesses aufgesprungen, sagte Matthias Hui von der Fachstelle für Ökumene, Mission und Entwicklung in Bern. Doch die Wahrnehmung der Drittparteien-Rolle, merkte er kritisch an, werde durch die Tatsache erschwert, dass die Schweiz mit Israel militärisch kooperiere. Seitens der Konferenzteilnehmer wurde auch verschiedentlich verlangt, dass sich die Schweiz künftig nicht allein auf die Genfer Initiative fokussieren, sondern überall dort aktiv werden soll, wo sie konkrete Erfahrungen beisteuern kann - beispielsweise im Bereich des Föderalismus oder des Minoritätenschutzes.

(Unser Vorstandsmitglied und Ex-Präsident, Arthur Muhl hat PSR/IPPNW Schweiz an dieser Tagung vertreten. Anm. der Redaktion)

Die besetzten Gebiete der israelischen Gesellschaft -

Wahrheit und Wahrnehmung

aus „Le Monde Diplomatique“ 12.3.04

Seit über zehn Jahren berichtet Amira Hass für die israelische Zeitung « Ha'aretz » aus dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Sie ist für ihre kompromisslosen kritischen Beiträge in aller Welt bekannt. Sie selbst lebt in Ramallah, also unter den Menschen, über deren gefährdetes Leben sie berichtet. Angesichts der politischen Entwicklung stellte sie sich – und damit ihren Lesern – vor zwei Wochen eine Frage, die sie nicht nur als Journalistin berührt: Wie kann man in der israelischen Gesellschaft die Neigung, wegzusehen, die für die Spirale von Terror und Gegenterror mit verantwortlich ist, durchbrechen?

Hiermit möchte ich ein Versagen eingestehen. Es geht um das Versagen des geschriebenen Wortes angesichts der Aufgabe, israelischen Zeitungslesern die Schrecken der Besatzungspolitik im Gazastreifen spürbar zu machen.

Wenn in der Presse berichtet wird, dass Palästinenser, die am nördlichen oder südlichen Ende des Gaza-Streifens leben, nicht ans Meer können, bekommt man in der Regel zu hören: „Sie sind ja auch Terroristen.“ Wenn etwas über den Zustand geschrieben wird, in dem manche Viertel im Westen der Flüchtlingssiedlung von Khan Yunis sind, und wenn man dabei die von Maschinengewehrsalven und Mörsergranaten durchlöcherten Hauswände beschreibt, bekommt man zu hören: „Die Palästinenser haben angefangen.“ Und wenn man die Geschichte des fünfzehnjährigen Jusuf Bashir und seiner Familie erzählt, deren Haus in Dir Al-Balah nur wenige Meter von der Siedlung Kfar Darom entfernt liegt, weshalb die Armee die oberen Stockwerke konfiszierte und sein Haus in eine Festung verwandelte – wenn man diese Geschichte in Israel erzählt, lautet die Reaktion: „Es bleibt uns ja nichts anderes übrig, Kfar Darom muss geschützt werden, genau so wie die anderen Siedlungen, Neve Dekalim, Atzmona und Morag.“

Wenn hingegen berichtet wird, dass die Soldaten von dem Militärposten gleich neben Jusufs Haus einem UN-Team die Genehmigung erteilt haben, Jusufs Familie in der ihr verbliebenen Erdgeschoss-Wohnung zu besuchen, dann fragt niemand, warum eine Familie nicht einmal im eigenen Haus einfach Gäste empfangen kann, die sie möchte. Vielmehr ist diese Geschichte einmal mehr ein Beweis dafür, was für nette Menschen die Soldaten sind und wie viele Risiken sie einzugehen bereit sind. Und wenn man dann liest, dass einer der Soldaten – ein Offizier, wie ein Sprecher der israelischen Armee nachträglich mitteilt – auf die Reifen eines „verdächtigen Fahrzeuges“ (das Fahrzeug war eben jenes UN-Team) geschossen habe, dann wird es diese Schüsse für die Menschen in Israel nie gegeben haben.

Allein die Tatsache, dass in dem Bericht steht, dass einer dieser Schüsse einen Jungen namens Jusuf Bashir in den Rücken traf, als er den UN-Besuchern zum Abschied nachwinkte, und dass dieser Junge für den Rest seines Lebens gelähmt bleiben wird – allein diese Tatsache und das Wort „gelähmt“ bewirken möglicherweise, dass ein paar Leser den Bericht an sich herankommen lassen. Aber so viele Geschichten über so viele Jusufs werden nie aufgeschrieben und nie in die Zeitungen gelangen.

Das Eingeständnis, dass das geschriebene Wort versagt, bedeutet nicht etwa, dass die Fotografie eine größere Wirkung besäße. Ein Bild mag in der Tat so viel wert sein wie tausend Worte. Aber um zu begreifen, was die Besatzung ist, müsste jeder Israeli sich zigtausende von Fotos anschauen, und zwar Bild für Bild, oder sich lange Dokumentarfilme ansehen (acht Stunden vielleicht). So könnte er in Istzeit die Angst in den Augen der Schulkinder ablesen, wenn sie ein pfeifendes Geräusch über ihren Köpfen hören, dem alsbald womöglich der Anblick eines ausgebrannten Metallgehäuses mit verkohlten Leichen darin folgen wird.

Ein weiterer Film sollte dem Betrachtern die Weingärten von Scheik Ajlin zeigen, die reifen Trauben und die Bauern, die die Weinstöcke und Olivenbäume über Jahre und Jahrzehnte mit viel Liebe hochgezogen haben, um nun zu erleben, wie diese von israelischen Panzern und Bulldozern niedergewalzt werden. Bistlang ist es noch nicht möglich, einen Film zu produzieren, der dem Zuschauer den Geschmack der Weintrauben von Scheik Ajlin auf die Zunge treibt. Inzwischen sind die Weingärten verschwunden, damit die israelischen Militäranlagen Netzarim bewachen können.

Wie könnten Fotos die folgenden Tatsachen anschaulich machen? Zwischen dem 29. September 2003 und dem 29. Februar 2004 wurden nach Angaben der israelischen Armee 94 Israelis getötet, 27 Zivilisten und 67 Soldaten. In ziemlich genau demselben Zeitraum (allerdings nur bis zum 18. Februar dieses Jahres) wurden 1'231 Palästinenser getötet. Waren sie alle Terroristen? Mangels einer zentralen Palästinenserbehörde gibt es Abweichungen bei den Zahlenangaben, die von den verschiedenen palästinensischen Gruppen gemeldet werden, wobei keine dieser Zahlen Anspruch auf letztgültige Genauigkeit erhebt.

Die Menschenrechtsgruppe Mezan, die im Flüchtlingslager Jabalya ihren Sitz hat, hat ermittelt, dass 81 Frauen und 344 Kinder im Alter von unter 18 Jahren im Gaza-Streifen von der israelischen Armee erschossen wurden. 255 palästinensische Polizisten und Mitglieder der Sicherheitsdienste wurden entweder in Ausübung ihres Dienstes oder

in ihren Büros getötet, häufig im Zuge von Kampfhandlungen. 264 der Getöteten waren bewaffnete Männer, die sich an Kämpfen gegen die israelische Armee beteiligten beziehungsweise versuchten, militärische Positionen oder Siedler und Siedlungen anzugreifen. Die gezielten Hinrichtungsaktionen der israelischen Armee trafen in 46 Fällen die tatsächlich beabsichtigten Leute: 80 weitere Menschen, die bei diesen „vorbeugenden Präzisionsschlägen“ ums Leben kamen, waren zufällige Passanten.

Die Unfähigkeit, all dies den Zeitungslesern nahe zu bringen, rührt nicht etwa daher, dass die Wörter zu schwach wären oder es keine Fotografien gäbe. Die Unfähigkeit erklärt sich aus der Tatsache, dass die israelische Gesellschaft sich beigebracht hat, mit folgenden Tatsachen friedlich zusammenzuleben. Es gibt im Gaza-Streifen 8'000 Juden und 1,4 Millionen Palästinenser. Die Gesamtfläche beträgt 365 Quadratkilometer. Davon beanspruchen die jüdischen Siedlungen 54 Quadratkilometer. Zählt man die Areale hinzu, die nach den Oslo-Abkommen von der israelischen Armee beansprucht werden, sind 20 Prozent des Gaza-Streifens unter israelischer Kontrolle. Das heißt: 20 Prozent des Territoriums für ein halbes Prozent der Bevölkerung.

Die israelische Armee im Gaza-Streifen hat den Auftrag, die Sicherheit der Israelis zu schützen, also die Sicherheit von jenem halben Prozent, das große Flächen des Landes kontrolliert, Bewegungsfreiheit genießt, sich ökonomisch entwickeln kann und über ausreichend Trinkwasser verfügt – statt der Salzbrühe, die man den Palästinensern überlässt. Die israelischen Militärposten, die den Schutz der Siedler gewährleisten sollen, liegen innerhalb und direkt neben den Siedlungen, und zwar so, dass von ihnen aus alle Wohngebiete der palästinensischen Zivilbevölkerung einsehbar sind.

Der eigentliche Grund, der die große Zahl der – häufig zivilen – palästinensischen Opfer im Gaza-Streifen erklärt, liegt darin, dass jede dieser Siedlungen sehr nah an den viel zu dicht bevölkerten palästinensischen Wohngebieten liegt. Denn diese Nähe bestimmt die Kampfregeln der israelischen Armee, die Typen der abgeworfenen Splitterbomben, den Einsatz unbemannter Fluggeräte, von denen die Raketen abgefeuert werden. Die operative Logik der israelischen Armee wird von diesen arroganten, zynischen und rücksichtslosen Siedlungen diktiert, in denen sich ein paar privilegierte, satte Leute niedergelassen haben – inmitten der einzigen Gebiete, die den Palästinensern im Gaza-Streifen noch geblieben sind.

Eingangs war vom Versagen des geschriebenen Wortes die Rede. Doch es gibt auch Worte, die sehr wirksam sind. Derzeit etwa wird sehr viel von „Rückzug“ geredet und dieses Wort ist keineswegs schwach, sondern allmächtig. Es imprägniert die Art und Weise, wie die Menschen die Wirklichkeit wahrnehmen. Anstatt dass wir uns mit den konkreten Geschehnissen der Besatzungspolitik konfrontieren, geben wir uns zufrieden mit dem vagen Versprechen einer „in irgendeiner Zukunft“ bevorstehenden Entspannung. Anders gesagt: Das Wort „Rückzug“ wirkt wie eine große Straßensperre: Es verhindert, dass die Tatsachen die Köpfe der Menschen erreichen. Denn trotz all des Redens über einen „Rückzug“ lässt die israelische Gesellschaft keine Anzeichen erkennen, dass sie die unmoralische Logik überwinden möchte, die den Siedlungen ihre Existenzberechtigung immer neu bestätigt. Und das gilt nicht nur für den Gaza-Streifen, sondern auch für das Westjordanland.

Die Atomkrieger des 21. Jahrhunderts

von Otfried Nassauer *

Die USA arbeiten an neuen atomaren Waffen, haben eine neue Nuklearstrategie und pfeifen auf die nukleare Rüstungskontrolle. Ein guter Grund, sich die Nuklearwaffenpolitik der Regierung Bush einmal genauer anzuschauen.

Neue Atomwaffen

So mancher Abgeordnete im amerikanischen Kongress rieb sich im März 2003 verwundert die Augen, als er den Entwurf für das neue Verteidigungshaushaltsgesetz auf den Tisch bekam. Darin fand sich nicht nur - wie erwartet - ein Etatansatz für die Entwicklung einer neuen Atomwaffe zum Zerstören tief unter der Erde verbunkerteter Ziele. Es gab auch einen unscheinbaren Passus, in dem die Aufhebung des Spratt-Furse Amendements aus dem Verteidigungshaushaltsgesetz für das Jahr 1994 vorgeschlagen wurde.

Dieses Amendment, ein rechtlich bindender Gesetzeszusatz, verbot konkrete Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an Nuklearwaffen mit einer Sprengkraft von weniger als 5 Kilotonnen. Er stellte eine Hürde gegen die Entwicklung und Einführung von Mini-Atomwaffen und Nuklearwaffen kleiner Sprengkraft dar, auch wenn Grundlagenforschung und Konzeptstudien nicht verboten waren. Er war das einzig existente rechtlich bindende Verbot im Bereich der Atomwaffenentwicklung in den USA. Würde er aufgehoben, so war schnell klar, wäre der Entwicklung neuer US-Atomwaffen Tor und Tür geöffnet. Genau das ist inzwischen eingetreten. Das Haushaltsgesetz, das der Kongreß Ende 2003 verabschiedete, ermöglicht nicht nur den Einstieg in die Arbeit an einer neuen bunkerzerstörenden Atomwaffe, sondern auch den Einstieg in die Arbeit an Mini-Atomwaffen.

Seit Jahren hatte ein kleiner Kreis konservativer Republikaner und Nuklearwaffenlobbyisten beklagt, Washington betreibe nukleare Selbstbeschränkung, habe keine geeigneten Nuklearwaffen, um den militärischen Anforderungen der Zukunft gerecht und mit den Gegnern der Zukunft fertig zu werden. Die Nuklearwaffeninfrastruktur - von den Atomwaffenlaboren über die Fertigungsstätten bis hin zu den Testanlagen - veralte und vergammele. Der wissenschaftliche Nachwuchs werde vernachlässigt. All das gelte es schnellstens zu ändern.

Nach dem Machtantritt von George W. Bush begann diese Lobby, ihre gegen Ende des Kalten Krieges entwickelten Konzepte und Ideen wieder auszupacken und in die Tat umzusetzen. Der Einsatz von Nuklearwaffen, so die Vorstellung dieser Apologeten, muss glaubwürdig angedroht werden können, damit mit der Drohung eine echte Abschreckungs- und Erpressungswirkung verbunden ist. Die Waffen müssen glaubwürdig in der Lage sein, die vorgesehenen gegnerische Ziele auch zerstören zu können. Die Ziele und Gegner aber haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges deutlich gewandelt, und für jene Ziele, um die es jetzt geht, seien bislang nicht die richtigen Waffen vorhanden.

Angeregt wurde deshalb die Entwicklung einer ganzen Reihe neuer Nuklearwaffen. Da sind zum einen die atomaren Bunkerknacker. Heutige konventionelle Bunkerknacker können bis zu sieben Meter Stahlbeton durchdringen, künftige sollen leistungsfähiger sein. Neun, zehn oder mehr Meter werden für möglich gehalten. Die einzige Nuklearwaffe im US-Arsenal, die Bunkerknacker-Qualitäten besitzt, ist die mit einem besonders harten äußeren Mantel umgebene Atombombe B-61-Modell 11, ein relativ großer Nuklearsprengsatz. Tests ergaben, dass diese Waffen ihre Grenzen hat: Sie funktioniert bei allen Böden. Sie muss in einem bestimmten Winkel auftreffen, dringt nur begrenzt tief ein und es ist - wegen der hohen Sprengkraft - mit sehr viel radioaktivem Fallout zu rechnen. Begonnen werden soll deshalb mit der Entwicklung eines „Robust Nuclear Earth Penetrators“, RNEP, einer Atomwaffe, deren Mantel aus abgereichertem Uran (Depleted Uranium) bestehen und die mit zusätzlichen Eindringhilfen ausgestattet sein könnte, um deutlich tiefer in den Untergrund vordringen.

Das Problem schwer vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigender Kollateralschäden soll mit einer anderen Neuentwicklung angegangen werden - der Entwicklung kleiner und kleinster Atomsprengköpfe. Diese Mini-Nukes könnten, wenn sie so zielgenau gemacht werden wie moderne konventionelle Waffen, sogar als Bunkerknacker gegen nicht ganz so gut geschützte Ziele z.B. auch in besiedelten Gebieten genutzt werden. Auch hier haben Kritiker entgegnet, dass Zweck und Mittel nicht zueinander passen.

Eine Waffe, die kaum noch radioaktiven Fallout produziert, könne nicht tief genug in die Erde eindringen, um die angepeilten Ziele sicher zu zerstören. Denn je tiefer ein Ziel unter der Erde liegt, desto größer müsse der atomare Sprengsatz sein, der es wirklich zerstören würde und desto wahrscheinlicher werde, dass viel radioaktiver Fallout entsteht und freigesetzt wird. Es sei wahrscheinlich, dass die Einführung solcher Waffen zu der Illusion führe, man sei im Besitz einer „sauberen“ Atomwaffe, die man besser einsetzen könne. Da die Grenzen zwischen der Wirkung der größten konventionellen Waffen und der kleinsten nuklearen verschwimme, werde ein Atomwaffeneinsatz wahrscheinlicher.

Die Mini-Nukes so argumentieren Mitarbeiter des Atomwaffenlaboratoriums in Los Alamos - könnten aber auch als zielgenaue Waffen mit erhöhter Strahlung konzipiert werden, als Enhanced Radiation Weapons, etwa so wie die Sprengköpfe der inzwischen abgerüsteten Lance-Rakete oder die Artilleriegranaten W79 in den achtziger Jahren. Bei diesem Vorschlag feiert die politische Diskussion über die Entwicklung der Neutronenbombe fröhlichen Urstand.

Als dritter Grund für den Bau neuer Atomwaffen wird die Notwendigkeit der gesicherten Zerstörung chemischer und biologischer Kampfstoffe genannt. Um diese mit hundertprozentiger Sicherheit rückstandslos verbrennen zu können, sei eine Nuklearexplosion mit ihren extrem hohen Temperaturen der sicherste Weg. Auch das - so haben Kritiker nachgewiesen - stimmt so nicht: Zum einen sind auch wirksame konventionelle Waffen zur Zerstörung denkbar bzw. schon vorhanden. Zum anderen könne die enorme Gewalt einer Nuklearexplosion sogar dazu führen, dass Kampfstoffe unabsichtlich freigesetzt werden.

Weitere gute Gründe, endlich eine neue Generation atomarer Waffen durchsetzen zu können, werden noch gesucht. So lässt Verteidigungsminister Donald Rumsfeld durch das Defense Science Board, ein wissenschaftliches Beratungsgremium des Pentagons, untersuchen, ob Atomsprengköpfe ein probates Mittel zur Raketenabwehr sein könnten. Besorgt sehen viele Staaten, dass die Politik der Bush-Administration befördern könnte, was sie zu verhindern vorgibt - die Weiterverbreitung nuklearer Waffen. So hat z.B. Saudi Arabien nach dem Irak-Krieg angekündigt, seine nuklearen Optionen prüfen zu wollen. Noch mehr besorgt viele, dass dies in ihrer Nachbarschaft geschehen könnte. „Die nukleare Rüstungskontrolle liegt bereits auf der Intensivstation“, meinte Daniel T. Plesch, vom Royal United Services Institute in London bereits im vergangenen Jahr. „Die Entwicklung neuer Atomwaffen und erneute Atomtests würden die atomare Abrüstung in die Leichenhalle verlegen.“

**Offried Nassauer ist freier Journalist und leitet das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit - BITS www.bits.de (aus OMEGA NEWS 26)*

Comment faire respecter le Traité de Non Prolifération Nucléaire?

de Jean-Luc Riond

Le Traité de Non Prolifération Nucléaire (Nuclear Non-Proliferation Treaty, NPT) a été adopté en 1968 et est entré en vigueur en 1970. Le but était de limiter le nombre de pays en possession d'armes nucléaires à cinq: Chine, France, Fédération Russe, le Royaume-Uni et les Etats-Unis. Le traité se base sur deux articles, l'un pour les pays qui ne possèdent pas d'armes nucléaires afin qu'ils renoncent à cette forme d'armement (article II), l'autre pour les pays qui possèdent des armes atomiques pour qu'ils négocient leur élimination (article VI).

Cet accord a été signé par 189 nations, y compris les cinq pays mentionnés ci-dessus. Depuis 1975, des Conférences de Révision (Review Conferences) ont été organisées tous les cinq ans pour faire le point de la situation. La sixième Conférence de Révision a eu lieu en l'an 2000 dans un climat de crise à la suite des essais conduits en Inde et au Pakistan en 1998. En 1999, le sénat des Etats-Unis a refusé de signer le traité d'interdiction totale des essais nucléaires (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) adopté en 1996 par un vote au sein de l'Assemblée des Nations Unies. Ce traité n'est jamais entré en vigueur puisque 12 états parmi 44 n'ont pas encore signé ou ratifié. Au cours de la sixième conférence, les pays qui ne possèdent pas d'armes atomiques ont fait pression pour l'élimination totale de ces armes. Un plan d'action pour cinq ans comprenant 13 points a alors été établi. D'une façon générale, peu de progrès ont été réalisés depuis la discussion en l'an 2000 sur les mesures à prendre. Le Comité de Préparation pour la Conférence de Révision de 2005 (Preparatory Committee for the 2005 Review Conference) a donc été chargé de faire de nouvelles recommandations.

Le Comité de Préparation a déjà eu deux sessions, l'une en 2002 et l'autre en 2003, et se rencontrera à New York du 26 avril au 7 mai de cette année (PrepCom 2004). A cette occasion, les organisations internationales disposeront de trois heures pour une présentation coordonnée des sujets qu'elles estiment importants pour les délégués. Une longue liste d'idées publiée sur internet: (<http://www.reachingcriticalwill.org/2004drafts.html>) a été établie. IPPNW participera activement à la rencontre.

Bien que le moratoire sur toutes les explosions nucléaires ait été respecté, le traité d'interdiction totale des essais nucléaires n'a en grande partie pas été appliqué. Les négociations pour interdire la production de matériel nucléaire fissile et organiser des suivis (Fissile Material Cut-Off Treaty, FMCT) n'ont pas été entamées dans le cadre de la Conférence du Désarmement (Conference on Disarmament, CD) de Genève et sont dans l'impasse. Le Traité sur les Missiles Antibalistiques (Anti-Ballistic Missile Treaty, ABM Treaty) n'est plus en vigueur à la suite de la remise en selle du bouclier national anti-missile (National Missile Defense, NMD) par l'administration américaine. D'autre part une nouvelle génération d'armes nucléaires de faible puissance pour la pénétration sous terre pour détruire les bunkers enterrés (Earth Penetrating Weapons, EPWs) est en développement aux Etats-Unis. Le nouvel accord sur la réduction de l'offensive stratégique (Strategic Offensive Reduction Treaty, SORT) signé en 2002 par George W. Bush and Vladimir Putin est inconciliable avec le principe d'irréversibilité du désarmement nucléaire. D'autre part la classification en états nucléaires et non nucléaires date de 1970. Ainsi l'Inde et le Pakistan sont encore classés en tant qu'états non nucléaires et ne peuvent adhérer à la liste des pays signataires qu'après destruction de leurs armes nucléaires. Enfin, le programme de production d'armes nucléaire en Corée du Nord n'a pas été stoppé. Très souvent les rapports officiels présentés par les états ne sont pas complets et comprennent un grand nombre d'inexactitudes. Des propositions ont été faites dans le cadre d'Abolition 2000, une coalition d'organisations non gouvernementales dédiée à l'abolition totale des armes nucléaires, pour sortir de la situation de crise dans le débat sur le Traité.

Les 8 et 9 décembre 2003, le Comité des Organisations Non Gouvernementales pour le Désarmement (NGO Committee for Disarmament) basé à Genève a organisé un séminaire dans une salle de conférence de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (OMPI). La rencontre a été organisée par Aaron Tovish du Comité et Colin Archer du Bureau International de la Paix. Le devenir du Traité de Non Prolifération Nucléaire est considéré comme sérieusement menacé par un risque élevé de prolifération dans au moins trois régions du monde. De nombreux diplomates et des organisations telles que la Ligue Internationale de Femmes pour la Paix et la Liberté (Women's International League for Peace and Freedom, WILPF), l'Organisation Internationale pour l'Energie Atomique (OIEA) et le Project Ploughshares étaient présents. Les buts des deux journées ont été les suivants:

- rassembler dans la ville de Genève des diplomates, des organisations non gouvernementales et des académiciens pour traiter les sujets cruciaux liés au désarmement nucléaire.
- étudier en détail quelques points importants qui seront adressés au cours de la conférence préparatoire en mai 2004 à New York.
- discuter les menaces principales contre le traité de non prolifération afin de trouver des remèdes.

- renforcer l'attention sur la menace contre le traité de non prolifération par le biais des doctrines de contre prolifération et d'attaques préventives, ainsi que par le développement technique d'armes nucléaires (prolifération verticale) ou la prolifération horizontale par des états ne respectant pas le traité.
- aider les états qui ont signé le traité de non prolifération à résoudre les défis dur l'avenir de la Conférence sur le Désarmement.
- identifier des thèmes pour des actions dans le futur.

L'organisation non gouvernementale « Mayors for Peace » a été fondée par les maires de Hiroshima et Nagasaki en 1982. L'organisation veut prévenir un désastre d'envergure mondiale en supportant le projet du Traité de Non Prolifération Nucléaire. Elle propose que la Conférence de Révision de 2005 dédie son attention à un programme avec pour but un monde libre d'armes nucléaires. Ce but devrait être atteint en 2220, lors du 50^{ème} anniversaire du Traité et du 75^{ème} anniversaire du bombardement de Hiroshima et Nagasaki. Il est prévu qu'un grand nombre de maires représentant peut-être des centaines de millions de personnes sera présent à New-York en mai 2005.

Un décalage énorme existe entre la perception du désarmement nucléaire par la communauté internationale, les opinions publiques et la réalité. Il est absolument nécessaire de prendre des positions sans ambiguïté lors du prochain rendez-vous de New-York (PrepCom 2004) pour éviter que le Traité ne perde son impact en ayant seulement de bonnes intentions sans applications politiques.

Littérature

- Anonyme. *Trying to cage the atom. Disarmament Times, Vol. XXVI, pp. 2-3, 2003.*
- Anonyme. *NPT 2005. Brochure d'information, Abolition Europe, décembre 2003.*
- Green R. *The naked nuclear emperor. Debunking nuclear deterrence: A primer for safer security strategies. The Disarmament Security Centre, Christchurch, New Zealand, 2000.*
- Lalanne D. *Vers le désarmement nucléaire: Une initiative européenne. Aspects politiques et avenir. Médecine & Guerre Nucléaire Vol. 18 (2), 2003. <http://perso.club-internet.fr/amfpgn>.*
- Tovish A. *2005: Moment of truth for the conference on disarmament. NGO Committee for Disarmament at Geneva, Personal communication, 2003.*

Nuclear Apartheid spawns proliferation

Ronald McCoy, President IPPNW

The uncovering of an international black-market in nuclear technology in a world, threatened by state and non-state terrorism, should persuade all governments that humankind is edging closer towards global nuclear suicide. Abdul Qadeer Khan, the 'father' of Pakistan's nuclear weapons, which gave Pakistan nuclear parity with India in 1998, was pardoned by the Pakistani government after he confessed on television that Khan Research Laboratories had been selling nuclear secrets to Iran, Libya and North Korea over the past fifteen years. The head of the International Atomic Energy Agency (IAEA), Mohamed El-Baradei, has called it "the tip of the iceberg" and has warned that nuclear proliferation is a mortal danger and that "we risk self-destruction."

Investigations have revealed a wide, clandestine network, that has unwittingly involved a legitimate Malaysian company, Scomi Precision Engineering (SCOPE), which had manufactured 14 parts for centrifuges that have multi-purpose industrial uses, which also include uranium enrichment for the production of nuclear weapons-usable uranium. It has been established beyond doubt that the company was unaware that its products were being shipped to Libya for use in its now abandoned nuclear weapons programme. However, the episode underscores the need for greater vigilance by manufacturers, in determining the intent of their customers, and increased transparency by purchasers in declaring the destination and eventual application of dual-use technology.

There are many lessons to be learnt. Both the pardoning of Pakistan's 'national hero' and the muted response of the US administration reveal a mutual desire to avoid the destabilising of President Musharraf's government, an important ally of the US in the so-called "war on terrorism." It also sends a disturbing signal about American and Pakistani attitudes toward proliferation and shows up the double standards by which much of international diplomacy is practised all over the world. The other lesson is that strategic allies of the US receive special treatment. For example, the war on Iraq was waged on the spurious grounds that it possessed weapons of mass destruction. The conclusion by the former US chief weapons inspector in Iraq, David Kay, that Saddam Hussein "got rid" of his chemical and biological weapons long before the invasion, underlines the point that Iran, Libya and North Korea posed a far greater threat than Iraq.

The failure to detect the existence of an international black-market in nuclear technology for fifteen years has revealed weaknesses in the NPT, designed to prevent the spread of nuclear weapons technology. It has rocked the international community, particularly the United States. In a speech at the National Defence University in Washington on 11th February 2004, President Bush outlined his continuing counter-proliferation strategy, calling for an expansion of the Proliferation Security Initiative (PSI) and announcing a US proposal to limit the number of countries permitted to produce nuclear fuel. The PSI, made up of another 'coalition of the willing' - Australia, Canada, France, Germany, Italy, Japan, the Netherlands, Norway, Poland, Portugal, Singapore, Spain, the United Kingdom and the United States - will share intelligence, track suspect international cargo, search planes and ships, and seize weapons, missiles or equipment that raise proliferation concerns. There is no reference to the UN Convention on the Law of the Sea (UNCLOS) or the rights of freedom of navigation on the high seas and innocent passage through territorial waters without interference. The implications of this omission would be that some states may infer they have a right to interdict ships even when such a right does not exist. This lack of legal clarity could result in unjustified interdiction actions and international tensions over their legality, that could escalate into military conflict.

In addition, the PSI envisages direct action against middlemen, suppliers and buyers involved in proliferation networks, by shutting down laboratories, seizing their materials and equipment, and freezing their assets. A UN Security Council resolution is being proposed, which will require all states to criminalise proliferation, enact strict export controls, and secure all sensitive materials within their borders. In order to close a loophole in the NPT and prevent governments from developing nuclear weapons under the cover of civilian nuclear programmes, there is a proposal that states may have reliable access to fuel at reasonable cost for civilian nuclear reactors, provided those states renounce uranium enrichment and plutonium reprocessing, which are the two main paths to producing weapons-grade fuel. The forty nations of the Nuclear Suppliers Group will also refuse to sell enrichment and reprocessing equipment and technologies to any state that does not already possess full-scale, functioning enrichment and reprocessing plants. All states with civilian nuclear programmes will have to sign the IAEA's Additional Protocol, which will require them to declare a broad range of nuclear activities and facilities and submit to challenge inspections by the IAEA.

This nuclear fuel initiative is yet another extension of nuclear apartheid. The United States and the other nuclear weapon states will continue to exert their hypocritical righteousness and exceptionalism to possess and produce nuclear weapons, while denying other states access to the same weapons. It also reflects a discriminatory, pernicious "rogue state" approach to proliferation, instead of viewing non-proliferation as a global challenge, requiring global cooperation. It approaches the fuel issue exclusively from the viewpoint that it is a problem in non-proliferation. It is likely to prove counter-productive and stimulate the development of new sources of fuel supply.

The IAEA has made an alternative proposal to create an international, multilateral organisation to control the production of all nuclear fuel in the world, giving members of the organisation ownership and control over how it is used. The Bush administration has rejected the proposal because it would clearly stifle ongoing US plans to develop new nuclear weapons.

The international community is right to be concerned about the spread of WMD technology, but it must also seriously question the reasons for proliferation in a world that is threatened by militant religious fundamentalism and political extremism, fanned by the sense of injustice among the dispossessed and disempowered. Apart from material gains, Khan was also moved by his perception that the development of Muslim nuclear arsenals would correct the military imbalance between the West and the Muslim world.

We live in a disorderly, unequal world where security is still defined in military terms, where the rule of force is overtaking the rule of law, and where ethics and social justice are drowning in a sea of market forces. Time is running out for a world, increasingly menaced by a culture of violence and war, in an age where amoral science and technology claim neutrality and ignore the consequences of their actions in producing more and more destructive nuclear, biological and chemical weapons.

Fifty-eight years after the atomic bombings of Hiroshima and Nagasaki and fourteen years after the end of the Cold War, the nuclear weapon states still refuse to comply with their treaty obligations to disarm and the world continues to be threatened by their nuclear arsenals and the possibility of nuclear war or nuclear terrorism. The Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) is in danger of unravelling because the NPT is not only about nuclear non-proliferation. It is also about the elimination of nuclear weapons. The increasing threat we face today from proliferation stems from the stalemate in nuclear disarmament, because non-proliferation and disarmament are two sides of the same coin.

During the Cold War, nuclear proliferation was driven by the doctrine of nuclear deterrence and the race for nuclear supremacy between the United States and the Soviet Union. Today, proliferation is being driven by the new nuclear and military policies of the United States, as articulated by the Bush administration in its 2002 Nuclear Posture Review and its National Security Strategy.

These new policies envision a permanent nuclear arsenal, a major expansion of the role of nuclear weapons, a new triad of capabilities that combine nuclear and conventional offensive strikes with missile defences, and a new nuclear weapons complex for the design, development, manufacture and testing of new warheads. In other words, any conventional war waged by the US could escalate into a nuclear war.

Moreover, by rejecting the Comprehensive Test Ban Treaty, the United States has signalled the beginning of the end of the non-proliferation regime and the start of a second nuclear age, as more and more states will choose to oppose nuclear apartheid and nuclear double standards. This could result in a dangerous nuclear free-for-all. The 1996 Canberra Commission on the Elimination of Nuclear Weapons enunciated the axiom of proliferation: The possession of nuclear weapons by any state stimulates other states to acquire them.

The world is a gloriously diverse and complex place, in need of a far greater understanding of the politics of culture and the culture of politics. Western attitudes to the East have long been shaped by its history of imperialism, and Western images and perceptions of the Arab and Muslim world are largely created by Western polemics. Many parts of the Arab and Muslim world are still submerged in the depths of obscurantism and religious misinterpretation and are disengaged from the modern world.

The pseudo-simplicity of the "war on terror" cannot be allowed to go uncontested. The merchandising of neoconservative politics by the mainstream Western media continues to shape American foreign policy in ways that betray the great traditions and ideals of a great country. The solution to nuclear proliferation lies not in more discriminatory policies or the unilateral, pre-emptive use of illegal force, but in doing away with double standards and complying with treaty obligations and international law.

Europäischer Kongress der IPPNW Atomwaffen & Energie in einer instabilen Welt Analysen und Auswege, 7. - 9. Mai, Urania, Berlin

- Wer profitiert von der Produktion neuer Atomwaffen?
- Wer profitiert in Deutschland vom Weiterbetrieb der Atomkraftwerke?
- Wer profitiert von der Behinderung regenerativer Energien?
- Wer profitiert vom Weiterbestand des Euratom-Vertrages?
- Wer profitiert von dem, was nicht gesagt, nicht untersucht, nicht berichtet oder geschrieben wird?

Antworten, Diskussionen zu diesen Fragen am Kongress der IPPNW Deutschland, den wir wärmstens empfehlen. Untenstehend ein Auszug. Sämtliche Infos, Anmeldung auf www.atomkongress.de

Ziel/Kongressziel

Der Kongress „Atomwaffen & Atomenergie in einer instabilen Welt - Analysen und Auswege“ soll:

1. über den aktuellen Stand und die weiteren Planungen bei Atomwaffen bzw. Atomkraftwerken berichten.
2. insbesondere über die Strukturen, Hintergründe, Mechanismen, Interessengruppen und Verflechtungen informieren, die eine atomare Abrüstung bzw. einen tatsächlichen Ausstieg aus der Atomenergie verhindern
3. Auswege aufzeigen.

Instabile Welt

Wir leben in einer instabilen Welt. Immer mehr Menschen sind verunsichert, weil hinter der politischen Fassade die eigentlichen Akteure oft unsichtbar bleiben. Welches sind die Spielregeln der Macher in Ökonomie, Finanzwelt, Rüstung, Wissenschaft und Medien? Wer profitiert davon und wer sind die Opfer?

“Virtueller Kongress“

Nehmen Sie schon jetzt auf der Homepage am „virtuellen Kongress“ der IPPNW teil!

Unter dem Menüpunkt „Wissenswertes“ finden Sie Informationen, Beiträge und Links zu den Kongress-themen. Sagen Sie uns Ihre Meinung dazu. Schicken Sie uns Artikel, die Sie interessant finden (atomkongress@ippnw.de). Wir freuen uns, Sie zum „realen Kongress“ im Mai 2004 in Berlin begrüßen zu dürfen!

Wir schauen hinter die Kulissen

Siemens möchte die Hanauer Plutoniumfabrik nach China exportieren. Siemens erhält eine Exportgenehmigung von der deutschen Bundesregierung, obwohl die Fabrik möglicherweise als Baustein für das chinesische Atomwaffenprogramm vorgesehen ist. Siemens beantragt für den geplanten Bau eines neuen Atomkraftwerks in Finnland eine Hermes-Bürgschaft. Als dies öffentlich bekannt wird, hatte sich die deutsche Bundesregierung bereits dazu entschlossen, die Bürgschaft für den Atomexport zu gewähren. Erst nach öffentlichen Protesten zieht Siemens den Antrag zurück. Das neue Atomkraftwerk in Finnland wird trotzdem gebaut. Und in Deutschland genießen die Atomkraftwerke rechtlichen Bestandsschutz.

Eigentlich sind alle dagegen: gegen Atomkraftwerke und gegen Atomwaffen. Niemand will das gefährliche Zeug. Die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht, die Politiker nicht, die JournalistInnen nicht. Selbst die Beschäftigten des Siemens-Konzerns sind großteils keine Befürworter der Atomenergie.

Wie also ist das alles zu verstehen? Wie kommen dann diese Entscheidungen zustande?

Auf dem IPPNW-Kongress „Atomwaffen & Atomenergie in einer instabilen Welt - Analysen und Auswege“ werden diese Fragen erörtert. Wir schauen hinter die Kulissen. Die Dinge, die sonst auf einem Kongress nur beim Kaffee am Rande zu erfahren sind, kommen bei uns aufs Podium.

Wir wollen z.B. erfahren

- von einem ehemaligen Bundesminister, wie die Politik funktioniert
 - von einem Journalisten, ob die Medien berichten können, was sie wollen
 - von einer Ärztin, ob es eine Freiheit der Forschung und Wissenschaft gibt
 - von amerikanischen Wissenschaftlern, welches die Konsequenzen der neuen US-Atomwaffendoktrin sind.
- Und vieles andere mehr.

Sie haben die Möglichkeit, in einem der zahlreichen Workshops mit den ReferentInnen und TeilnehmerInnen zu diskutieren.

Sind Sie neugierig geworden? Dann kommen Sie doch im Mai nach Berlin! Wir freuen uns!

IPPNW Deutschland: www.atomkongress.de

Wenn Bilder sprechen

von Manfred Maier

Wer wie Wilfredo Jugacho ein Kunststudium am Centro de Arte in Guayaquil absolvieren konnte, gehört wohl im landläufigen Verständnis nicht zum Heer der Elenden, nicht zu den Hoffnungs- und Zukunftslosen dieser Welt.

Doch aus den Erzählungen von Wilfredo, der aus einer - in Ecuador noch immer geläufigen- Gross-familie stammt, in der jeder jedem hilft und alle gemeinsam Verantwortung tragen, wird klar – auch in jenen Kreisen, welche wir bei uns wohl Mittelschicht nennen würden, sind Entbehrungen und materielle Sorgen tägliche Begleiter. Die Spielkameraden stammen teilweise bereits aus den Slums, das Umfeld prägt ein Leben für die Kunst. Leider ermöglicht das Umfeld kein Leben von der Kunst. Wie so viele vor ihm und wohl noch unzählige nach ihm, begibt sich Wilfredo in die Emigration. Kommt nach Italien, voll Hoffnung, voll Willen und vielleicht auch mit der vagen Vorstellung vom Schlaraffenland „Westen.“

Und er muss sehr schnell erfahren, dass Immigranten vor allem noch immer Kellner, Bauarbeiter oder Hilfskräfte sind. Ein hochbegabter Maler aus Ecuador, ist in der hiesigen Kunstszene ein Konkurrent um den immer kleiner werdenden Kuchen, in den Agenden der Bürokratie zudem schlicht nicht vorgesehen. Private Sammler beginnen sich für seine Werke zu interessieren, kleinere Galerien bieten Ausstellungsmöglichkeiten. Die Neigung, sich für keine Art von Arbeit zu fein zu sein, sichert das tägliche Brot auf dem karg gedeckten Tisch.

Eine Kargheit, von der auch seine eindrucksvollen Gemälde erzählen. Hier werden die Impressionen seiner Kindheit lebendig, diese Leinwände geben den Alltag der Menschen in seiner Heimat im leuchtenden Grossformat wieder. Ein durch nichts zu erschütternder Lebensmut, eine Fröhlichkeit, die auch den widrigsten Umständen zu trotzen scheint. Andere Bilder erzählen von Menschen, welche ihr Schicksal scheinbar stoisch und ergebnis ertragen. Im Glauben an einen Gott oder im, tröstenden und durch nichts gerechtfertigten, Glauben an ein besseres „morgen.“

Wie die Menschen auf seinen Gemälden, wie in seinen bildnerischen Erzählungen von seiner Heimat, ist auch Wilfredo ein Kind des Glauben an ein besseres, gerechteres und erfolgreicher Morgen.

Einladungen zu Ausstellungen nach Deutschland und auch in die Schweiz nähren diesen Glauben. Bis jetzt vor allem den Glauben. Er muss sich sein Brot noch immer mit Arbeiten ausserhalb seiner Arbeit für die Kunst verdienen. Und er kann und will nicht aufhören, von der Not, dem Elend und den leuchtenden Farben in seiner Heimat zu erzählen. Hoffentlich bleibt dies so. Wir alle würden ärmer ohne diese gemalten Geschichten.

weitere Infos unter:
teatroclandestino@katamail.com

*Alle sprechen von gemeinsamkeiten,
kaum jemand handelt danach.
Alle sprechen von menschlichkeit,
wenn ich den hunger, das elend, die blutigen konflikte und
kriege täglich auf dem nachrichtenteller serviert bekomme
frage ich mich:
wo sind ALLE?*

Wilfredo Jugacho Saltos, Maler, Ecuador

In Kürze / en bref

Bushs zweifelhafter Humor. *Spiegelonline, 26.3.04.* Chemiebomben unter dem Sofa? Für George W. Bush ist der Irak-Krieg offenbar nur noch ein Witz - und zwar ein guter, so meint wenigstens der Präsident selbst. Bei einem Dinner mit Journalisten präsentierte er eine Dia-Show. Sie zeigte Bush, wie er auf allen Vieren über den Boden kriecht und unter dem Sofa nach Massenvernichtungswaffen sucht. Washington - Der Rahmen war festlich. Es herrschte Krawattenpflicht. Doch beim jährlichen Dinner für Washingtoner Radio- und Fernsehkorrespondenten am Mittwochabend war auch Witz gefragt. Der Stargast des Abends: US-Präsident George W. Bush. Der hielt mit Humor nicht hinterm Berg und präsentierte den Journalisten eine Dia-Show unter dem Titel „Das Wahljahr-Album des Weißen-Hauses“. Schallendes Gelächter füllte den Raum, als ein Foto an die Wand geworfen wurde, das Bush im Oval Office zeigt. Der Präsident kroch auf allen Vieren, um einen Blick unter die Möbel zu werfen. Bushs Kommentar dazu: „Diese Massenvernichtungswaffen müssen doch irgendwo sein.“

Communiqué de presse du vendredi 26 mars 2004 (sortir du nucléaire) **AREVA: la contamination funky! Le Réseau „Sortir du nucléaire“ publie ce jour un pastiche de la publicité d'Areva pour rétablir la vérité sur l'industrie nucléaire.** Alors que la Cogéma-Areva est renvoyée en correctionnelle par la cour d'appel de Limoges pour „pollution, abandon ou dépôts de déchets contenant des substances radioactives“ en Haute-Vienne, le Réseau „Sortir du nucléaire“ diffuse ce jour, vendredi 26 mars 2004, un pastiche de la publicité actuelle de la multinationale nucléaire Areva. Le document est consultable sur le web: www.sortirdunucleaire.org/imagespastiche_areva.jpg. En effet, la puissante campagne de communication d'Areva, diffusée dans cent pays pendant plusieurs mois, soutenue par la musique entraînante „Funky town“, présente les activités nucléaires de façon totalement idéalisée et masque une réalité beaucoup plus sombre. Le Réseau „Sortir du nucléaire“ rétablit la vérité à travers quelques exemples: - Areva extrait l'uranium du Niger dans des conditions effroyables pour l'environnement, les mineurs et la population locale, et ce afin de minimiser les coûts d'exploitation. (Cf enquête de la Criirad publiée le 18 décembre 2003) - Areva enrichit l'uranium dans son usine de Pierrelatte (Drôme) dont l'Iran possède toujours à l'heure actuelle 10%, ce qui lui a permis de recevoir des matières nucléaires pour tenter de fabriquer des bombes atomiques. - Areva fait transporter à travers toute la France, par camion et par train, des matières nucléaires comme le plutonium (le plus dangereux des poisons) - Areva contamine l'environnement lors des incidents qui surviennent régulièrement dans ses installations. - Areva est à l'origine de la mise en oeuvre par le gouvernement de l'arrêté „secret défense“ qui fait peser sur les militants la menace de lourdes sanctions financières. - Areva, composante du „lobby nucléaire“, influe pour que la France décide la construction du réacteur nucléaire EPRS vendu par Areva ! Il ne s'agit que de quelques exemples d'une liste sans fin qui fait que, pour l'environnement et les populations, les activités d'Areva soit loin d'être „funky“ .

Uno-Resolution gegen Israel scheitert an USA *Spiegelonline, 26.3.04.* Eine Verurteilung Israels wegen der Ermordung des Hamas-Führers Scheich Jassin durch den Weltsicherheitsrat ist erneut gescheitert. Eine entsprechende Resolution hatte zwar eine deutliche Mehrheit gefunden, doch die USA legte ihr Veto ein. Die Hamas kündigte eine „welterschütternde“ Reaktion an. New York/Gaza - 15 Mitglieder des Sicherheitsrats hatten für den von Algerien eingebrachten Antrag gestimmt, nur drei enthielten sich. Die USA hatten ihr Veto eingelegt mit der Begründung, die Resolution müsse auch die Gewalttaten der Hamas und anderer militanter Gruppen verurteilen und sie beim Namen nennen. Algerien lehnte dies ab. Der Sicherheitsrat trage nichts zu einer friedlichen Lösung bei, wenn er die Handlungen der einen Seite verurteile und die der anderen Seite ignoriere, erklärte der amerikanische Uno-Botschafter John Negroponte. Es war das 79. Veto der USA im Sinne Israels.